

Darmstadt, den 24.10.2018

Herrn
Thorsten Schäfer-Gümbel (MdL)
Landesvorsitzender der SPD Hessen
Rheinstraße 22
65185 Wiesbaden

An den
SPD-Landesverband Hessen
Wiesbaden

**Politische Handlungsfähigkeit bewahren – CETA im Bundesrat stoppen
hier: Stellungnahme zu unseren Fragen in Ihrem Schreiben vom 28.09.2018**

Sehr geehrter Herr Schäfer-Gümbel,
sehr geehrte Mitglieder der hessischen SPD,

wir danken für die Beantwortung unserer Fragen zur bevorstehenden Ratifizierung des CETA-Abkommens im Bundesrat und die Darlegung der Haltung Ihrer Partei.

Leider geht Ihr Schreiben wenig auf unsere Argumente ein, so dass wir uns gefragt haben, wie ernst Sie unser Anliegen nehmen.

Beispielsweise übergehen Sie unseren Hinweis, dass eine Verbesserung des Hessischen Vergabe- und Tarif-treuegesetzes durch das CETA-Beschaffungskapitel konterkariert wird. Das Gleiche gilt für unser Argumente zum europäischen Vorsorgeprinzip und zur Wasserversorgung, die bei CETA nicht gänzlich aus den Liberalisierungssbestimmungen ausgenommen ist und vollständig dem Investitionsschutz unterliegt.

Auf unsere Frage nach Ihrer Haltung zur CETA-Entscheidung im Bundesrat antworten Sie, dass Sie das Abkommen erst auf der Grundlage Ihrer Wolfsburger Beschlüsse vom September 2016 und im Lichte gerichtlicher Entscheidungen prüfen wollen.

Wir erinnern daran, dass CETA seit Oktober 2016 ausverhandelt und öffentlich zugänglich ist. So müssten Sie eigentlich wissen, dass die *sechs Bedingungen, die in den Wolfsburger Beschlüssen als Voraussetzung für eine Zustimmung zu CETA formuliert sind*, nämlich

- (1) keine Bevorzugung ausländischer vor inländischen Investoren,
- (2) primärrechtliche Verankerung des europäischen Vorsorgeprinzips,
- (3) Schaffen von Sanktionsmechanismen bei Verstößen gegen Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards,
- (4) demokratische Rückbindung der CETA-Ausschüsse an nationale Parlamente und Regierungen,
- (5) klare Bereichsausnahmen bei gegenwärtigen und zukünftigen Liberalisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge,
- (6) Orientierung an globalen Nachhaltigkeitszielen und am Pariser Klimaabkommen

im CETA-Vertragstext NICHT erfüllt sind. Eine Weiterentwicklung der Vertragsbestimmungen ist nicht mehr möglich.

Wenn Sie also Ihre Wolfsburger Beschlüsse einhalten wollen, müssen Sie den CETA-Vertrag nicht mehr "im Lichte" von Gerichtsentscheidungen prüfen. **Vielmehr sollten Sie das Abkommen schon jetzt ablehnen. Das käme auch der Glaubwürdigkeit Ihrer Partei zugute.**

Oder benötigen Sie tatsächlich ein *Urteil des Bundesverfassungsgerichts*, um Ihre eigene Forderung nach Rückbindung der CETA-Ausschüsse an nationale Parlamente und Regierungen auszuleuchten? Wir hoffen nicht, zumal das Verfahren des BVerfG die fünf weiteren Wolfsburger Zustimmungsbedingungen in keiner Weise berührt.

Ihr Hinweis auf die scheinbare zwingende Alternative "CETA als modernes Handelsabkommen versus Modell Trump" erinnert uns an die mandraartige Rhetorik der CDU, die Trumps Antipathiewerte nutzt, um neoliberale Freihandelspolitik als einzige "weltoffene" Alternative zu verkaufen.

Wollen Sie im Falle CETA-freundlicher Gerichtsurteile wirklich die weitere Marktöffnung öffentlicher Versorgungsleistungen sowie Einschränkungen staatlicher Regulierungsrechte durch Konzernklagerechte und Regulatorische Kooperation hinnehmen? Und betrachten Sie *das* als geeignete Strategie gegen das "Modell Trump" und die Renaissance nationalistischer Ideologien?

In Anbetracht des bedrohlichen Klimawandels, massiver Umweltprobleme und dramatischer sozialer Verwerfungen sind weitere neoliberale Deregulierungen durch Verträge wie CETA der falsche Weg. Die marktgetriebene Globalisierung hat die Spaltung zwischen Arm und Reich vorangetrieben und neue Formen von sozialer Entsicherung hervorgebracht, die den Boden für den Aufstieg rechtsspopulistischer Parteien bereiten. Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie sieht schlechte Freihandelsverträge als mitverantwortlich für die Fluchtbewegung aus Ländern des globalen Südens an, weil sie den Klimawandel verschärfen und Selbsthilfemöglichkeiten der betroffenen Länder beschneiden.¹

Was wir brauchen, sind Handelsverträge, die soziale, umweltpolitische und menschenrechtliche Regularien völkerrechtlich sichern und das Regulierungsrecht gewählter Regierungen gegenüber globalen Konzernen stärken.

In diesem Sinne fordern wir Sie auf, sich im Hessischen Landtag gegen CETA in der vorliegenden Form zu positionieren und damit die Chance auf Neuverhandlung des Vertrages zu öffnen.

Ihre Einladung, gemeinsam über den Umgang mit CETA zu beraten, nehmen wir sehr gerne an.

Mit freundliche Grüßen
im Auftrag der Hessischen Bündnisse gegen CETA & Co

Isolde Albrecht

1 C.laus Leggewie: Klimaflüchtlinge. Vortrag an der Universität Gießen am 25.10.2018